

Wie steht es im Land Bremen um Beratung und Hilfe zum Thema der weiblichen Genitalbeschneidung?

Anfrage der Abgeordneten Kerstin Eckardt, Frank Imhoff und Fraktion der CDU

Wir fragen den Senat:

1. Welche Träger mit welchem Stellenvolumen bieten im Land Bremen Beratungen und Hilfen zum Thema der weiblichen Genitalbeschneidung an?
2. Wie hoch sind die dafür im aktuellen Haushalt eingestellten Haushaltsmittel?
3. Wie viele dieser Beratungen wurden in den Jahren 2023 und 2024 durchgeführt?

Zu Frage 1:

Bei der ProFamilia konnte im Rahmen der Umsetzung der Istanbul-Konvention eine Fach- und Beratungsstelle zu FGM/C (Female Genital Mutilation/Beschneidung) für Bremen und Bremerhaven eingerichtet werden. Dieses Projekt „Bremen gegen FGM – Projekt für Aufklärung, Prävention, Beratung und anderen Hilfen für von Weiblicher Genitalverstümmelung/-beschneidung (FGM/C) bedrohten und /oder betroffenen Mädchen und Frauen im Land Bremen“ richtet sich mit seinem Angebot sowohl an Betroffene als auch an Multiplikator*innen und führt Schulungen z. B. für Lehrkräfte, Beschäftigte aus Unterkünften für geflüchtete Menschen, Polizei oder medizinisches Fachpersonal durch. Daneben gibt es ehrenamtliche Initiativen wie z. B. den somalischen Verein, die bei einzelnen Veranstaltungen ebenfalls aus Projektmitteln der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz gefördert werden. Daneben gibt es auch ärztliche Initiativen ohne staatliche Förderung wie z. B. die FGM-Sprechstunde der Frauenarztpraxis Walle und Beratungen durch weitere Gynäko-log*innen.

Zu Frage 2:

Für die Fach- und Beratungsstelle bei der ProFamilia stehen aus den zentralen Mitteln für die Umsetzung der Istanbul-Konvention jährlich 35.000 Euro zur Verfügung. Dies umfasst eine 20-Stunden-Stelle sowie Sachkosten. Dies ist auch den Fortschrittsberichten zur Umsetzung der Istanbul-Konvention zu entnehmen.

Zu Frage 3:

2023 wurden insgesamt 272 Teilnehmende durch die Präventionsangebote der Pro-Familia erreicht. 13 Fortbildungen für Fachkräfte fanden in Bremen-Stadt, Bremen-Nord und Bremerhaven statt. Weitere sechs Veranstaltungen wurden in Unterkünften für Geflüchtete sowie in Beratungsstellen in Bremen und Bremerhaven durchgeführt. Daneben nahmen 31 Frauen von den 272 Teilnehmenden das Angebot von Einzelfallberatungen wahr.

Ebenso wurden im Rahmen des Projekts Studierende der Studiengänge Public Health und Soziale Arbeit durch Seminare erreicht.

Unterjährige Zahlen für 2024 konnten in der Kürze der Zeit nicht ermittelt werden.